

GROSSER RAT

GR.16.24-1

VORSTOSS

Postulat Stefan Huwyler, FDP, Muri (Sprecher), Silvan Hilfiker, FDP, Oberlunkhofen, und Josef Bütler, FDP, Spreitenbach, vom 1. März 2016 betreffend ganzheitliche Analyse der langfristigen Kostentreiber bei den Kantonsfinanzen

Text:

Der Regierungsrat wird in Anlehnung an das "Entwicklungsleitbild 2013–2022" eingeladen, dem Grossen Rat ganzheitliche Überlegungen zu den erwarteten grössten Kostentreibern in der nächsten AFP-Periode vorzulegen. Darin dargestellt werden sollen die vom Kanton beeinflussbaren und die fremdgesteuerten wichtigsten Indikatoren. Ausdrücklich mitgemeint sind mittel- und langfristige Einsparmöglichkeiten anhand des heutigen Wissensstandes. Ziel ist die Vermeidung von eigentlichen Kommissionsdebatten innerhalb der AFP-Beratung im Plenum; im Sinn einer zielführenden AFP-Debatte.

Dabei sollen – nebst allen anderen, sich im Zusammenhang ergebenden Fragestellungen – explizit folgende Umstände untersucht werden:

- *Aargauische Pensionskasse*: Ist die APK im Direktvergleich teurer als andere Pensionskassen? Falls ja: wären mittelfristig (innert zehn Jahren inklusive allen Umsetzungen) günstigere Pensionskassen(teil-)lösungen als die APK für den Kanton Aargau realisierbar, ohne dass unzumutbare Einschnitte bei der Vorsorge des Staatspersonals vorgenommen werden müssten? Wie viel würde der Kanton bei einer paritätischen Finanzierung einsparen?
- *Immobilienportfolio*: Wie sieht die departementsübergreifende Gebäudeauslastung im Vergleich aus (Anzahl benutzte Arbeitsplätze im Verhältnis zu den verfügbaren Arbeitsplätzen, m² pro Arbeitsplatz)? Können die Arbeitsplätze im Zusammenhang mit der geplanten Stellenreduktion verdichtet werden? Zu welchen Einsparungsmöglichkeiten würde ein Verkauf und Rückmiete der notwendigen Fläche führen (sog. Sale & Lease Back-Strategie)? Wurde eine Auslagerung der Immobilienbewirtschaftung vom Regierungsrat auch schon geprüft?
- *Beschaffungswesen*: Gibt es Einsparpotenzial im Beschaffungswesen (z. B. durch eine engere Zusammenarbeit mit anderen Kantonen oder eine koordinierte, departements- und standortübergreifende Beschaffung)?

Begründung:

Die AFP-Diskussionen 2015 zogen sich insgesamt über drei Sitzungstage hin und stellten damit einen neuen Rekord auf. In zahlreichen Themengebieten ging es in verschiedensten Voten nicht mehr um die eigentlichen Sparbemühungen. Vielmehr wurden themenspezifische Grundsatzdiskussionen mit Kommissionscharakter geführt, die eigentlich nicht in eine Budgetdebatte gehören. Die Beratungen drohten mehr als einmal, sich vollends in kleinsten Detaildisputen zu verlieren, ohne jeglichen Blick mehr auf den eigentlichen Rahmen, den AFP. Zu viele Massnahmen sind kurzfristig

nicht auf das nächste Planjahr umsetzbar und werden entsprechend bereits bei der nächsten Budgetberatung aufs Neue grundlegend besprochen, Jahr für Jahr.

Für berechnete kritische Zwischentöne sorgten auch die hohen Nachtragskredite, welche der Grosse Rat gezwungenermassen gutheissen musste. Diese stellen die Detailversessenheit jeder Budgetdebatte im Nachhinein infrage. Diesem Umstand muss aus Sicht der Postulanten zwingend mit einer übergeordneten Planung der Finanzpolitik – in erster Linie der Ausgabenpolitik – begegnet werden.